

Vertreibung und Umsiedlung durch Tourismus

Interview mit Soha Ben Slama

Christina Kamp

Tourismus ist eine der Ursachen, dass Menschen ihre Häuser verlassen müssen. Ein internationales Tribunal, das Ende September in Venedig stattgefunden hat, verwies auf solche Prozesse der Verdrängung und Vertreibung. Veranstalter des Tribunals war die Internationale Allianz der Bewohner/-innen (*International Alliance of Inhabitants*; IAI). Die IAI ist ein globales Netzwerk von Basisorganisationen und sozialen Bewegungen. Die Fragen zu tourismusbezogener Vertreibung beantwortete Soha Ben Slama, Koordinatorin des Internationalen Tribunals zu Vertreibungen (*International Tribunal on Evictions*; ITE). Die Fragen stellte Christina Kamp.

Ist tourismusbedingte Vertreibung ein häufiges Phänomen, im Vergleich zu anderen Ursachen?

Tourismusbedingte Vertreibungen sind die oft verborgen bleibende Ergebnisse massiver Bewegungen von Menschen und Kapital. Dazu gehören Mega-Projekte und strukturelle Veränderungen. Die städtebauliche Umstrukturierung brachte schnell viele Menschen, neue Möglichkeiten und finanzielle Ressourcen in die Städte, ohne dass die dramatischen Folgen für lokale Gemeinschaften und Familien geprüft wurden. Generell wurden sie einfach ignoriert. Im Jahr 2016 wurden über 1,2 Milliarden Touristenankünfte erfasst. Der Tourismus setzt lokale Gemeinschaften weltweit immer stärker unter Druck.

Welche Arten tourismusbedingter Vertreibungen sind in Asien besonders typisch?

Großereignisse wie die Olympischen Spiele oder Weltausstellungen finden zwar nur über kurze Zeiträume statt, haben aber langfristige Konsequenzen für die Menschen in den

Städten, in denen diese Events durchgeführt werden. Die Folgen bestehen immer in einer urbanen Restrukturierung und stellen automatisch eine Bedrohung für lokale Gemeinschaften dar, vertrieben zu werden. Im vergangenen Jahr fand das Ostasien-Tribunal zu Vertreibungen (*East-Asian Tribunal on Evictions*) statt, das erste in einer Reihe regionaler Tribunale. In dessen Verlauf konnten sich die IAI und die Juror(inn)en mit mehreren Fällen auseinandersetzen und Zeugnisse hören. Alle Fälle waren drama-

tisch. Im Zusammenhang mit Tourismus wurde das Beispiel von Shinjuku Kasumigaoka-cho vorgetragen, eine Anlage mit Sozialwohnungen, die dem Stadion für die Olympischen

Zur Interviewpartnerin

Soha Ben Slama ist Koordinatorin des Internationalen Tribunals zu Vertreibungen (*International Tribunal on Evictions*; ITE)

Internationales Tribunal zu tourismusbedingten Zwangsvertreibungen Ende September 2017 in Venedig; Vortrag der Delegation aus Sri Lanka.

Bild: Juhee Shin





Soha Ben Slama (IAI Tunesien) und Michael Davies (IAI Simbawe) beim Internationalen Tribunal zu tourismusbedingten Zwangsvertreibungen Ende September 2017 in Venedig.

Bild: Christina Kamp

Asien und Afrika. Dörfer an den Küsten oder in anderen von Naturkatastrophen bedrohten Regionen werden gezwungen, an den Tourismus angepasste Veränderungen vorzunehmen, um vorgeblich gegen Naturkatastrophen besser gewappnet zu sein. Wie viele Dorfgemeinschaften wurden allein nach dem Tsunami von 2004 vor allem in Indien, Sri Lanka und Thailand vertrieben? Es gab zahlreiche Fälle von Landraub (*Land Grabbing*) durch mächtige Einzelpersonen und Behörden. Anschließend wurden dieser Grund und Boden zur touristischen Erschließung freigegeben. Es handelt sich um eine „Profitmaximierung mit Katastrophen“, die überall Opfer fordert: Opfer dramatischer Naturkatastrophen wie Opfer des Systems. In den Städten erleben wir eine beschleunigte Gentrifizierung auch durch die Umwandlung städtischer Räume in „Freilandmuseen“ oder Vergnügungsparks. Venedig scheint eines der schlimmsten Beispiele zu sein – ein Grund, warum das diesjährige Tribunal dort stattfindet. Privathäuser und -wohnungen werden in touristische Unterkünfte umgewandelt und auf Plattformen wie Airbnb vermarktet. Dies ist eine der gefährlichsten und massivsten Entwicklungen, denn sie stärkt eine unheilvolle Allianz zwischen den Bewohner(inne)n als „kleinen Spekulanten“ und einem multinational operierenden Tourismus. Das Recht auf Wohnraum für die Einheimischen wird so untergraben. Ein weiterer, im Verborgenen wirkender Faktor ist die sogenannte Sanierung historisch gewachsener Viertel, beispielsweise die Zerstörung traditioneller Wohnbauungen wie der *Hutongs* in China, um Wolkenkratzern Platz zu machen.

Spiele 2020 in Tokio weichen muss. In Taoyuan (Taiwan) wurden 20.000 Menschen wegen des Taoyuan-Flughafenprojekts enteignet und vertrieben. In Südkorea wird die Insel Jeju militarisiert, es entstehen ein zivil-militärischer, multifunktionaler Hafen und ein zweiter Flughafen. Beide sollen auch für den Tourismus genutzt werden.

Nicht alle Vertreibungen lassen sich auf den ersten Blick dem Tourismus zuordnen, ste-

ben aber dennoch damit in Zusammenhang. Können Sie Beispiele dafür nennen?

Im Zusammenhang mit Tourismus kommt es oft zur Umsiedlung ganzer Gemeinschaften und zur Zerstörung der Umwelt, um die für die Mobilitätsanforderungen erforderliche Infrastruktur wie Häfen, Flughäfen und Straßen auszubauen. Indigene Bevölkerungsgruppen werden oft unter dem Vorwand der Erhaltung der Umwelt aus Wäldern vertrieben. Wir kennen dazu viele Fälle, vor allem in

Was werden absehbar die größten Problemfelder sein, die das ITE im September behandelt?

Das Internationale Tribunal zu Vertreibungen ist ein mächtiges Instrument der „Kampagne Null Vertreibungen“ (*Zero Evictions Campaign*), die die IAI seit mehr als einem Jahrzehnt organisiert. Das Tribunal wird sich mit drei grundlegenden Situationen befassen: Vertreibungen, die schon stattgefunden haben und die Umsiedlung von Familien zur Folge hatten; also Vertreibungen aus ihren Häusern oder von ihrem Grund und Boden, die Zerstörung von Häusern, oft auch die Zerstörung ganzer Stadtviertel oder Dorfgemeinschaften, die lange bestanden hatten; Vertreibungen, die gerade passieren oder unmittelbar bevorstehen; und Fälle, in denen absehbar ist, dass es sehr bald zu Vertreibungen kommen kann. Das Augenmerk des Tribunals gilt den betroffenen Gemeinschaften. In diesem Zusammenhang ermutigen wir die Betroffenen – die lokale Bevölkerung, städtische und ländliche Arme – ihre Stimmen, Vorschläge und Widerstandsaktionen gegen Vertreibungen, die durch den Tourismus missbräuchlich in Gang gesetzt wurden, bekannt zu machen. Wir diskutieren gemeinsame Zukunftsvorstellungen und tauschen uns über den Widerstand gegen Vertreibungen und Umsiedlungen aus, in diesem Jahr speziell im Zusammenhang mit Tourismus. Wir unterstützen die Solidarität und den Zusammenschluss der beteiligten sozialen Bewegungen und fördern Allianzen mit anderen Interessengruppen. Wir demaskieren die neoliberale Politik, die sich hinter „Entwicklungsprojekten“ verbirgt, und unterstützen entsprechende Kampagnen und Auseinandersetzungen, um mit den Fällen auf positive Weise umzugehen und alternative Politikansätze zu fördern. Wir sprechen auch Erfolge an, die es durchaus gibt.

In welcher Weise kommen beim Tribunal Formen der Umsiedlung zur Sprache, die nicht direkt als Zwangsvertreibungen einge-

ordnet werden, durch die aber ebenso Menschen ihr Zuhause verlieren?

Eines unserer Arbeitsinstrumente ist der internationale Aufruf, Fälle zu melden (*International Call for Cases*). Dazu verwenden wir ein Formular, das öffentlich zugänglich ist und uns zugesandt werden kann. Die Fragen sind präzise und decken gleichzeitig unterschiedliche Varianten ab, welche Art von Räumung oder Vertreibung vorliegt. Soweit irgendeine Form von Umsiedlung, Verdrängung oder Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern, von ihrem Land oder aus ihren Territorien vorliegt, ist das ITE eine Plattform, an die sich die Betroffenen wenden können. Wir greifen auf die Expertise einer respektierten und kompetenten internationalen Jury zurück. Wir verhandeln auf der Basis des UN-Sozialpakts (*International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights*) sowie anderer Instrumente des Völkerrechts. So kommt es zu Urteilen auf der Basis konkreter Fälle von Vertreibung im normativen Kontext von Menschenrechtsverletzungen. Wir schauen auf alle Formen der Störung und Enteignung von Eigentum und Landnutzung. Es ist daher durchaus möglich, dass das Tribunal auch Fälle von Vertreibung behandelt, die nach nationalem Recht formal gültig ausgeführt wurden, die aber gegen das Völkerrecht oder die vom ITE vertretenen ethischen Werte verstoßen.

Werden Fälle aus Südasien behandelt?

Ja, ein Fall kommt aus Neu-Delhi im Rahmen des dritten Flughafenprojekts im Großraum der Hauptstadt (*National Capital Region*). Der zweite Fall betrifft Sri Lanka. Die Bewohner/-innen aus dem Panama Village im Touristenzentrum Arugambay sind von *Land Grabbing* zugunsten der Entwicklung des Tourismus betroffen.

Wie genau unterstützt das Internationale Tribunal die betroffenen Personen bei der Verteidigung ihrer Rechte?

Unser Ansatz und Selbstverständnis lautet „Engagement – Solidarität –

Lesehinweise

International Alliance of Inhabitants
www.habitants.org

International Tribunal on Evictions
www.tribunal-evictions.org

Mobilisierung – Verhandlungen – Beharrlichkeit – Erfolg“. Wir prüfen die ausgewählten Fälle, sprechen ein Urteil und geben Empfehlungen zur Bewältigung der Situation ab. Wir berücksichtigen dabei in gebührender Weise die Menschenrechte der Betroffenen. Wir wenden uns an verschiedene Interessengruppen: an die Vereinten Nationen, nationale Regierungen, lokale Behörden, wirtschaftliche und institutionelle Akteure, die für die Vertreibungen verantwortlich sind, sowie an zivilgesellschaftliche Organisationen. Letzteren wollen wir helfen, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Stärke des ITE liegt nicht nur in der Möglichkeit, Beschwerden vorzutragen, sondern im Nachverfolgen der Fälle: die beständige Überprüfung, inwieweit Empfehlungen umgesetzt werden. Mit besonderem Druck können wir im Rahmen der *World Zero Evictions Days* im Oktober und mit der *Zero Evictions Campaign* auftreten. Die Empfehlungen können potenziell auch ein Beitrag zu alternativen Sozialpakten sein, die darauf abzielen, mit allen relevanten Akteuren positive Lösungen an Stelle von Vertreibungen zu finden, auf Grundlage der Achtung aller Rechte und unserer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber



Zur Autorin

Christina Kamp ist freie Journalistin und Übersetzerin mit Schwerpunkt Tourismus und Entwicklung.